

# ativen Folgen

## vier Kantone sagen Nein

Appenzell Innerrhoden mit 71 Prozent zu.

Der Bundesrat rechnet mit negativen Konsequenzen, insbesondere bei den Wirtschaftsbeziehungen. Deshalb bemühte sich Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf um Schadensbegrenzung: Es handle sich nicht um eine Abgabe an die Muslime, ihre Religion und ihre Kultur. Der Volksentscheid sei aber Aus-

druck vorhandener Ängste in der Bevölkerung.

### Gang nach Strassburg?

Weil das Minarett-Verbot internationale Abkommen verletzt, rechnet der Bundesrat mit Beschwerden vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg. Die Grünen haben gestern klargemacht, dass sie das erwägen. **SDA/RG.**

«Initiative bringt keine Lösung. Das Ja ist aber Fingerzeig des Volkes.»

Christian Wasserfallen,  
Nationalrat (FDP, BE)

«Ich habe festgestellt, dass sehr viele Junge Ja gestimmt haben.»

Jakob Büchler,  
Nationalrat (CVP, SG)

## «Grosse Peinlichkeit für die Schweiz»

**NEW YORK.** Die Annahme der Anti-Minarett-Initiative hat auch international für grosses Aufsehen gesorgt und der Schweiz viel Kritik eingebracht.

Nytimes.com sprach gar von einem überraschenden Rechtsrutsch, der die Schweiz in eine schwierige Position bringen könnte. Das Ja sei zudem eine «grosse Peinlichkeit für die neutrale Schweiz».

Laut spiegel.de dürfte der Schweiz ein aussenpolitisches Problem blühen, das die international orientierte Wirtschaft zu belasten droht. Financial-times.com prophezeit, das «kleine Bergland» Schweiz müsse mit Sanktionen aus der muslimischen Welt rechnen. Auf corriere.it kritisierte ein Vatikan-Vertreter das Verbot der Religionsfreiheit einer Minderheit. **AS.**



Er feiert die Annahme seiner Initiative: Hauptinitiator Wobmann (r.).

Foto: RTR

# «Zwangsehen müssen wir auch angehen»

## Abstimmungssieger Lukas Reimann hat bereits neue Pläne

**BERN.** Für den Hauptinitiator der Initiative, SVP-Nationalrat Walter Wobmann (SO), ist das deutliche Resultat eine «Sensation». «Umso mehr freuen wir uns», sagte auch Mitinitiant und Nationalrat Lukas Reimann (SVP, SG) gegenüber NEWS. Die Stimmberechtigten hätten mit ihrem Ja gezeigt, dass sich an hiesige Grundwerte halten müsse, wer hier lebe. «Ein Moscheen-Verbot

wollen aber auch wir nicht», so Reimann. Die Religionsfreiheit müsse bestehen bleiben. «Mit der Unterstützung des Volkes müssen wir nun aber auch Zwangsehen, Ehrenmorde und Hassprediger angehen.»

Repressionen wegen des Minarett-Verbots befürchtet Reimann indes nicht. «Islamische Staaten können uns schlecht kritisieren und in ihrem Land selbst Christen verfolgen.» **FR.**

«Ein Moscheen-Verbot wollen aber auch wir nicht.»

Lukas Reimann, Mitinitiant und SVP-Nationalrat (SG)

## GSoA-Initiative chancenlos

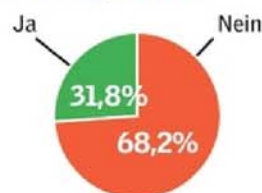
### Alle Kantone lehnen Exportverbot für Kriegsmaterial ab

**BERN.** Volk und Stände sagen deutlich Nein zur Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten». 68,2 Prozent der Stimmberechtigten lehnten gestern das Volksbegehren der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) ab. Kein Kanton sagte Ja.

Fast 1,8 Millionen Stimmberechtigte folgten somit Bundesrat, bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbänden, die vor dem Verlust von bis zu

10000 Arbeitsplätzen gewarnt hatten. GSoA-Repräsentant und Nationalrat Jo Lang

### Wuchtiges Nein



(Grüne, ZG) reagierte enttäuscht. Das deutliche Nein hänge mit der schlechten Wirtschaftslage zusammen: «Es gab im Abstimmungskampf nur ein Gegenargument, nämlich die Arbeitsplätze.»

Johann Schneider-Ammann, Industrieller und Nationalrat (FDP, BE), hingegen sagte, es sei nun für lange Zeit klar, dass ein Verbot von Waffenausfuhren nicht mehr diskutiert werden müsse. **FR.**

## Kerosinsteuer kommt Luftfahrt zu

**BERN.** Zwei Drittel der 60 Millionen Franken aus den Erträgen der Kerosinbesteuerung kommen künftig der Luftfahrt und nicht mehr den Strassen zu. Volk und Stände haben gestern die dafür nötige Verfassungsänderung abgesegnet.

Der Ja-Anteil für die Vorlage, gegen die vor allem die Grünen gekämpft hatten, betrug 65 Prozent. Sie fand in allen Kantonen eine Mehr-

heit. Am deutlichsten war die Zustimmung im Kanton Genf mit 72,5 Prozent. **SDA/FR.**

### Breite Zustimmung

